

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

19 (23.1.1930)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getheilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegpreis 40 Pfennig o. Bei Werbung nach Tarif, bei der die Nichtzahlung des Zahlungsgeldes, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt o. Erfüllungsgeld und Gerichtsgebühren 10 Mark für 1. 2. o. 3. Satz der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musik-Zeitung / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen - Frauenchutz

Bezugspreis monatlich 2.50 Mk. o. Dtsch. Postzeitung 2.20 Mk. o. Durch die Post 2.66 Mk. Einzelhefte 10 Pf. Samstags 15 Pf. o. Erscheint 4 mal wöchentlich vor mittags 11 Uhr o. Postbestellungs 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Büro: Durlach, Hauptstraße 22; Baden-Baden, Röhrenstraße 6; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Grabenstraße 81

Nummer 19 Karlsruhe, Donnerstag, den 23. Januar 1930 50. Jahrgang

Reichstagsbeginn

Vor großen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen

Keine Schönfärberei!

Am heutigen Donnerstag nimmt der Reichstag seine Arbeit wieder auf. Es wird eine arbeitsreiche und politisch wichtige Tagungsperiode werden, vielleicht die wichtigste und entscheidendste, die der jetzige Reichstag haben wird. Es sind nicht nur große Schwierigkeiten zu überwinden, die ihre Ursache in der Verfallströmung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben und durch die bei allen öffentlichen Körperschaften bedeutende Finanzschwächen hervorgerufen worden sind, sondern es wird auch Klarheit über Wesen und Ziele der politischen Führung Deutschlands geschaffen werden müssen.

Die erste Aufgabe des Reichstags ist die Erledigung der Youngsachen. Nach dem Verlauf der zweiten Saager Konferenz dürfte kaum noch ein Zweifel bestehen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Annahme dieser Gesetze wünscht, durch die eine, wenn auch schwere, so doch immerhin in ihrem Ausmaß übersehbare Belastung Deutschlands mit Reparationsverpflichtungen möglich wird. In dieser Begrenzung der deutschen Zahlungsverpflichtungen und in ihrer Ermäßigung gegenüber dem Dawesplan liegen die Vorteile, von denen man nicht nur eine Erleichterung der Arbeitsverhältnisse erwartet, sondern die zu gleicher Zeit auch Anreize geben müssen, den Pessimismus zu überwinden, der überaus ungünstige Wirkungen im Wirtschaftsleben hervorgerufen hat. Daher sollte man sich nirgends darüber täuschen, daß wenn die Annahme der Youngsachen nicht nur eine neue Periode der Außenpolitik, sondern auch eine neue Periode der Wirtschaftspolitik einleiten sollen, man die Bemühungen gegenwärtig noch im Wege sehen. Niemand, der diese Forderung erhebt, will damit einer leichtfertigen Wirtschaftspolitik oder Finanzpolitik das Wort reden, niemand denkt daran, es dem ausführenden Gläubiger, der sein Geld nach Deutschland gibt, zu versichern, wenn er sich zuvor Sicherheiten über seine Verwendung verschafft hat. In der Zeit des Kapitalismus ist das selbstverständlich. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß nach der Zerstückelung großer Teile des deutschen Kapitals im Krieg und in der Inflation, nach der gewaltigen Steigerung des deutschen Kapitalbedarfs durch Rationalisierung und nach dem Anwachsen des Teils des deutschen Volkes, der erwerbstätig ist, nur mit ausländischem Kapital die Erweiterung der deutschen Produktion möglich ist und nur hierdurch der ungeheure Kriege auf dem Arbeitsmarkt vollständig entgegengewirkt werden kann.

Damit hängt die zweite Aufgabe untrennbar zusammen. Je schwerer die Wirtschaftskrise ist, umso schwerer ist die Ordnung der öffentlichen Finanzen. Staatshaushalt im Wirtschaftsjahr führt die öffentlichen Finanzen von zwei Seiten her an. Sie verbindet die Staatseinnahmen, und sie erhöht die Ausgaben. Ordnung der öffentlichen Finanzen kann deshalb am leichtesten erfolgen, wenn man die Sparmaßregeln in der öffentlichen Verwaltung, wenn man die Reichsreform säh, gleichzeitig die Reduzierung des öffentlichen Lebens erfolgt, wenn infolge der Einnahmen die Steuern wieder steigen, die sozialen Notstände aber geringere Anforderungen an die öffentlichen Kassen stellen. Aber auch diese Aufgabe kann bei dem jetzigen Stand der öffentlichen Finanzen in Deutschland nicht ohne die Hilfe des Auslandes geleistet werden, wie die Gewährung der 400 Millionenanleihe an Reichsbahn und Reichspost zeigt.

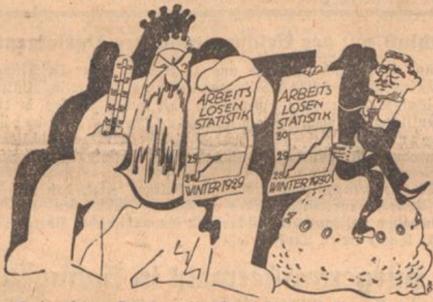
Die Ordnung der öffentlichen Finanzen aber ist eine wichtige und eine sehr dringende Aufgabe. Es ist absolut falsch, wenn Kritiker die Beschlüsse der Vorstände der Sparkassenverbände der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften bemängeln, daß darin nichts über die Sanierung der Haushalte des Reichs, der Länder und der Gemeinden gesagt worden ist. Die Sozialdemokratie hat sich immer zu einer verantwortlichen Finanzpolitik bekannt, und sie steht auch in diesem Augenblick keine wichtigere Aufgabe, als die öffentlichen Körperschaften von der Willkür privater

Kapitalisten und der Reichsbank zu befreien, in die das Reich durch die Rassenwirtschaften gelangt ist.

Nicht bei der Sozialdemokratie, sondern bei jenen Illusionisten, die immer noch Steuerentlastungspläne in Milliarden propagieren, liegen die Gefahren für eine gesunde Finanzpolitik. Aber lange werden diese Illusionisten ihr Handwerk nicht forscher können. Wenn der Nachtragset für 1929 und der Hauptetat für 1930 von dem neuen Finanzminister Dr. Moldenbauer vorgelegt wird, so wird man sehen, daß für Steuerentlastungen keine Aussicht besteht, ja, daß stellenweise Steuererhöhungen notwendig sind. Wir gehen dabei von der Annahme aus, daß Herr Dr. Moldenbauer die Lage so darstellt, wie sie ist, und daß er nicht etwa unter dem Einfluß kapitalistischer Kreise, die sich auf die Steuerentlastungen verlassen haben, zur Schönfärberei neigen wird.

Mit der Ordnung der Finanzen hängt die dritte Aufgabe, Sicherung der sozialen Verhältnisse des Reichs, der Länder und der Gemeinden untrennbar zusammen. Wenn insbesondere die Arbeitslosenversicherung auch in diesem Jahr überaus hohe Reichsaufschüsse erfordert, so ist das nicht wie im Vorjahre auf die unzulänglichen Witterungsverhältnisse zurückzuführen, sondern auf eine feststehende Wirtschaftskrise und Geldpolitik, die unter dem Einfluß des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht steht, zu einer wesentlichen Vermehrung der sozialen Verhältnisse des Reichs, der Länder und der Gemeinden untrennbar zusammen.

Zwei gestrenge Herren



Schacht: „Durch meine Kredit Sperre habe ich mehr Arbeitslose erzeugt als der Winter 1929 durch seine Kälte. Da sieht man doch, wie sehr menschliche Erfindungsgebe den rohen Naturgewalten überlegen ist!“

Wahrung der Arbeitslosigkeit geführt hat. Weder durch Abbau der Leistungen, noch durch Übertragung der Lasten auf andere Sozialversicherungsträger wird sich das Reich entlasten können. Es muß vielmehr durch eine richtige Wirtschaftspolitik dafür Sorge tragen, daß das Meer arbeitswilliger Menschen zu Lohn und Brot kommt und nicht mehr von öffentlicher Hand zu unterstützen ist.

Innerhalb der Regierungskoalition bestehen nicht nur über diese drei wichtigen Aufgaben, sondern auch über eine Umneigung damit in Zusammenhang stehender Probleme Meinungsverschiedenheiten, die teilweise außerordentlich tief sind. Scharfe Kämpfe stehen deshalb bevor. Die Sozialdemokratie ist für sie gerüstet. Sie will eine Politik, die unter Aufrechterhaltung des parlamentarischen Systems die Republik schützt und ausbaut, und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördert. Sie verlangt deshalb von den bürgerlichen Regierungsparteien, daß sie mit ihr zusammen den ernsten Willen zeigen, der Not des Volkes und der Not des Reichs Herr zu werden.

Reichskabinett billigt Haag

Mittwoch vormittag hat unter Vorsitz des Reichsstaatsers eine Sitzung des Reichskabinetts stattgefunden, wobei Reichsminister Dr. Curtius und die übrigen Delegierten über die Haager Verhandlungen berichteten.

Die Ergebnisse wurden vom Kabinett einstimmig gebilligt. Die entsprechenden Gesetzesentwürfe werden auf Grund der Kabinettsbeschlüsse so rechtzeitig dem Reichstag zugeleitet werden, daß seine Beratungen Anfang der nächsten Woche beginnen können.

Poffenspiel der Mecklenburger Nationalsozialisten

Die Fraktion der Nationalsozialisten hat im Mecklenburger Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung wolle bei der Reichsregierung dahin vorstellig werden, daß das durch den Volksentscheid am 22. Dezember 1929 angenommene Freiheitsgesetz zur Verkündung gelangt. Leht genommene Freiheitsgesetz eine solche Verkündung ab, so wird die Staatsregierung ersucht, auf Grund des § 19 der Reichsverfassung die Anwesenheit zur Entscheidung vor den Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs zu bringen.“

Verhaftungen in der Bank für Deutsche Beamte

Nach Blättermeldungen wurden einige leitende Beamte der zusammengebrochenen Bank für Deutsche Beamte vorläufig festgenommen.

Die Schulden der Siegerstaaten

Ergänzende Mitteilungen zum Ausgang im Haag

Jeder Deutsche wird wünschen, daß die Reparationslasten weniger drückend sind, als es der Fall ist. Mit Bedauern müßten wir daher seinerzeit bereits bei der Pariser Sachverständigenkonferenz feststellen, daß es dem deutschen Verhandlungsführer, Herrn Reichsbankpräsidenten Schacht, nicht gelungen ist, ein günstigeres Resultat zustande zu bringen, als es in Erscheinung trat. Leider hat jedoch nicht das deutsche Volk darüber zu befinden, welche Reparationslasten es infolge des von der preussischen Militärmarchie verlorenen Krieges zu tragen hat, sondern wie alle in der Weltgeschichte bestimmen die Sieger und uns Deutschen verbleibt nur die durch unsere festen Willen begründete Hoffnung, daß, wie dies in den letzten Jahren zusehends der Fall war, zunehmende Einsicht der Staaten und Völker uns zunehmende Erleichterung auch in finanzieller Hinsicht bringen werden. Keinen Eindruck werden jedoch auf die Weltstaaten die obskuren Größen machen, die mit nationalsozialistischen und Stahlhelm-Tiraden „sicherlich gegen Frankreich marschieren“. Die größten Maulaufreißer locken im Ausland keinen Hund hinterm Ofen hervor, der sich anstrengt die deutsche Last auch nur um einen Pfennig erleichtern zu helfen. Wenn man wünscht, daß die deutsche Last erleichtert wird, dann muß man es schon anders anpacken, als mit den Drohreden jener, die durch ihre Haltung im Krieg unserm früheren Geanern das Stichwort gegeben haben, wie man einen unterlegenen Feind zu behandeln hat.

Die nationalsozialistischen Gesandten und die deutschen nationalen Eugenbergsorgane sind sich daher klar darüber, daß sie außenpolitisch nicht den geringsten Eindruck mit ihrem Geschrei über den Haager Ausgang machen und die deutschnationale Badische Zeitung läßt dies auch klar durchblicken, indem sie ihr Geschrei weniger gegen das Ausland als vielmehr gegen die Sozialdemokratie richtet. Und dieser Zweck ist der Reaktion ja schließlich wichtiger als alle „nationalen Belange“. Das Geschrei der Rechten kann uns daher sehr gleichgültig sein, da wir mit dem guten Gewissen in die Arena treten, für das deutsche Volk und seine wahrhaften nationalen Interessen das herausgeholt zu haben, was unter der augenblicklichen Weltkonstellation möglich war, wobei wir in dem Ergebnis kein Ende sehen, sondern eine Etappe auf dem Wege eines in jeder politischen und wirtschaftlichen Hinsicht souveränen Deutschland im Bunde gleichberechtigter, in Freundschaft miteinander lebender Völker.

Wenn man jedoch tiefer sich mit den Reparationslasten befaßt, dann ist es notwendig, nicht nur die deutsche Sachlage, sondern auch die Sachlage des Auslandes sich anzusehen. Bei den Auseinandersetzungen wird nicht selten die Ansicht vertreten, die Siegerstaaten hätten verstanden, ihre aus dem Kriege erwachsenen finanziellen Lasten so gut wie vollkommen auf Deutschland abzumäßen und ständen selbst im wesentlichen ohne nennenswerte Mehrbelastung da. Diese weit verbreitete Auffassung ist ein Irrtum, und zwar ein sehr verhängnisvoller Irrtum, weil er die Öffentlichkeit über die tatsächliche Lage täuscht. Zweifellos bemüht sich die Siegerstaaten und ihre Staatsmänner, mögen sie nun Schweden, Briand oder sonstwie heißen, das Beste für ihr Land herauszubohlen, wie sich auch Deutschland, möge es nun durch bürgerliche oder sozialdemokratische Regierungsmänner vertreten sein, jederzeit anstrengt, jeweils die bei dem Kräfteverhältnis mögliche beste Lösung für unser Land zu erkämpfen, wofür dann von den Nationalisten die französischen Sozialdemokraten als von den Deutschen gekauft und die deutschen Sozialdemokraten umgekehrt beschimpft werden. Trotzdem liegen aber die Dinge keineswegs so, daß die Deutschland auferlegten Tributabläufe dazu ausreichen, um die finanzielle Mehrbelastung der Siegerstaaten durch den Krieg und seine Folgen auszugleichen. Vielmehr bilden die deutschen Zahlungen nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil der entstandenen Mehrbelastung. Dies zeigt ein vergleichender Uebersicht des Schuldendienstes der Siegerstaaten vor und nach dem Krieg, und das Anwachsen der von ihnen für Verzinsung und Tilgung ihrer Schulden aufzubewendenden Beträge.

Man wird hierbei zweckmäßigerweise die letzten Friedensbudgets der einzelnen Staaten mit ihren jetzigen Haushaltsplänen zu vergleichen haben. Ein solcher Vergleich bietet große Schwierigkeiten, da nicht nur die Währungen, sondern auch die bei der Aufstellung der Haushaltspläne angewendeten Methoden sich vielfach geändert haben, so daß Fehlerquellen sich nicht völlig vermeiden lassen. Man darf aber annehmen, daß bei den großen Summen, die hierbei in Frage kommen, die Abweichungen sich untereinander im allgemeinen wieder ausgleichen. Auf jeden Fall bietet das Gesamtergebnis, auch wenn es nur roh in runden Ziffern festzustellen werden kann, eine genügend sichere Grundlage, um zu einem zutreffenden Urteil über das Anwachsen des Schuldenbestandes zu gelangen. Man wird zweckmäßigerweise einen solchen Vergleich auf die vier Siegerstaaten Belgien, England, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika beschränken, da bei den östlichen Nachfolgestaaten ein Vergleich mit dem Friedenszustand nicht möglich ist und für Italien keine fichthaltigen Vergleichsziffern vorliegen. Wir beginnen mit Belgien.

Die belgischen Staatsschulden wurden am 1. Januar 1913 auf 3739 Millionen Franken = 3028 Millionen Goldmark festgesetzt. Die am 31. Dezember 1927 bestehende belgische Staatsschuld gliedert sich in nicht weniger als sieben verschiedene Währungen und beläuft sich auf insgesamt 6305 Millionen Reichsmark. Davon entfallen 3000 Millionen auf belgische Franken und 2586 Millionen auf U.S.-Dollars. Hierbei ist die Abwertung des alten belgischen Franken gegenüber der neuen Münzeinheit des Belgien auf ein Siebtel des ursprünglichen Wertes bereits berücksichtigt. Die Schuld in belgischen Franken würde sich sonst verviebfachen. Auf den Kopf der belgischen Bevölkerung entfällt jetzt ohne Anrechnung

Inoffizielle Besprechungen auf der Flottenkonferenz

London, 22. Jan. (Eig. Draht.) Die Delegationen zur Flottenkonferenz verbrachten den Mittwoch in inoffiziellen, jedoch, wie von unrichtigster Seite verlautet, nicht weniger wichtigen Besprechungen. Eine ganze Reihe von „Missverständnissen“, die sich Dank einer gewissen Herpozität der Delegierten in den letzten 24 Stunden eingeauflert hatten, soll aus dem Weg geräumt worden sein.

Die Besprechungen zwischen Macdonald und den Amerikanern haben eine weitere Klärung hinsichtlich des Schiffsbaues gebracht, und gezeigt, daß sich in dieser Frage der englische und der amerikanische Standpunkt enger berühren, als man bisher angenommen hatte.

Der wichtigste Punkt über den am Mittwoch eine allgemeine Abstimmung erzielt wurde, besteht in der Dauer des Flottenabkommens, die man von der gegenwärtigen Konferenz erwartet. Man hat sich dahin geeinigt, daß als Ziel ein kurzfristiges Abkommen zu betrachten sei, das nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder revidiert werden kann. In englischen Kreisen ist man der Auffassung, daß diese grundsätzliche Entscheidung das Zustandekommen eines Konferenzergebnisses viel leichter machen wird, als die Schaffung eines dauernden Schiffsbaus für den Kreuzerbau oder einer prozentualen Festsetzung.

Anlage wegen Steuerstreit

Stuttgart, 22. Jan. (Eig. Draht.) Der Oberstaatsanwalt hat gegen den Landesvolkführer Anlage wegen Aufreizung zum Steuerstreit und Amtsanmaßung erhoben.

der Währungsverschlechterung ein Staatsschuldenbetrag von rund 800 Reichsmark, gegenüber 400 Reichsmark vor dem Kriege.

In England belief sich der Nettobetrag der Staatsschulden am 31. März 1913 auf 662,2 Millionen Pfund Sterling, am 31. März 1926 auf 7615 Millionen Pfund Sterling.

Wesentlich günstiger steht Frankreich da. Es hatte im Jahre 1912 eine Gesamtschuld von 32,5 Milliarden Franken (= 25 Milliarden Goldmark).

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden allgemein als die eigentlichen Kriegsgewinner angesehen, und gewiß mit Recht.

In Europa trägt die finanzielle Hauptlast England, dessen Schuldendienst von einer knappen halben Milliarde auf über sieben Milliarden Reichsmark angewachsen ist.

Fast man das Ergebnis dieser Untersuchungen in einer tabellarischen Uebersicht zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Table with 4 columns: Staat, Krieg, vor dem, nach dem, u. Tilgung. Rows include Belgien, Frankreich, England, Vereinigte Staaten.

Die Staatsschulden der vier Siegerländer haben sich somit von 46,3 auf 314,2 Milliarden Reichsmark, also um das Sechsfache vermehrt.

Der Krämer

Erzählung aus dem Madrider Volksleben von José Francés. Von Zeit zu Zeit trat eine Kellnerin aus der benachbarten Bierstube ein; dann luden alle einträdel zusammen, und man konnte deutlich Widerwillen auf ihren Gesichtern ablesen.

und. Bei Belgien und Frankreich geht die den Bürgern dieser Länder auferlegte Mehrbelastung weit über die oben genannten Zahlen hinaus, da diese beiden Länder ihre Währung auf einen geringen Bruchteil ihres ursprünglichen Wertes stabilisierten.

Es ist daher falsch, mit Schlagworten an die Reparationsfrage heranzugehen oder gar sie durch Jahremarktsmärkte unter dem Diktandenstab Hitler-Suwendens-Seldie mit Glorianten erleben zu wollen.

10 Schülkinder verunglückt

Amerikanischer Autobus wird von Personenzug erfaßt

Cleveland, 22. Jan. In der Nähe des Städtchens Berea wurde ein von Bahnübergang ein mit Schülkinder besetzter Auto omnibus von einem Personenzug der New York-Central-Bahn erfaßt.

Zu dem furchtbaren Autobusunglück wird noch gemeldet, daß der Autobus mit insgesamt 23 Kindern besetzt war. Acht Studenten der Hochschule von Berea waren, kurz bevor das Unglück geschah, ausgefahren.

Schluß mit der Beschimpfung des Parlaments!

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Der Geschäftsrundungsausschuß beschloß die Immunität eines nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten aufzuheben.

Die Wenderung seiner bisherigen Haltung zeigt, daß auch der Geschäftsrundungsausschuß des Reichstags entschlossen ist, dem Nowobolun nationalsozialistischer und kommunistischer Abgeordneter nicht länger freien Lauf zu lassen.

Bürgermeisterwahl in Solingen

Solingen, 22. Jan. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde im dritten Wahlgang der kommunistische Stadtverordnete Hermann Weber mit 27 Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister von Groß-Solingen gewählt.

verbunden, auf die alle Staaten ins Bereich ziehende Forderung Streichung der Kriegsschulden!

Durch Annahme der Haager Konferenzbeschlüsse, deren Gegenwartsbelastung etwa 35 Milliarden Mark für Deutschland bedeuten, ist die auch von der französischen Sozialdemokratie unterstützte Forderung der sozialdemokratischen Internationalen auf Abminderung des besetzten Gebietes Deutschlands und die Forderung der Souveränität Deutschlands beeinträchtigt.

50 000 kg Tabak vernichtet

Ein Schilddückertrieb

Vor einiger Zeit waren von einem Tabakimporteur in 5000 Kisten etwa 250 000 Kilogramm Virginia-Tabak über Mainz nach Köln eingeführt worden.

Dieser Vorgang stellt einen Unfall sondergleichen dar, da es Aufgabe der maßgebenden Instanzen ist, den Verantwortlichen an diesem Schilddückertrieb das Nötige zu bedeuten.

Kedakteur der Koten fahne verhaftet

Berlin, 22. Jan. (Hundst.) Der verantwortliche Redakteur der Koten Fahne wurde am Mittwoch verhaftet und der Verhaftung in des Polizeipräsidiums zugeführt.

Wie die Kote Fahne weiter meldet, hat der Generalkonferenzrat beim Landesausschuß Berlin I gegen den verantwortlichen Redakteur der Koten Fahne wegen Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen, nämlich Körperverletzung Strafantrag gestellt.

Fox-Filmkonzern in Schwierigkeiten

Der amerikanische Fox-Filmkonzern, der 1200 amerikanische und 300 englische Kinos unterhält, befindet sich in außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten.

Vertrauen

Vertrauen ist die Basis aller menschlichen Beziehungen. Ohne Vertrauen gibt es keine Liebe, keine Freundschaft, keine Arbeit.

Freistaat Baden

Der badische Staatsvoranschlag

Der Haushalt des Ministeriums des Innern

Nach den verschiedenen kleineren Voranschlägen folgte nun als erster großer Voranschlag derjenige des Innenministeriums. Der Haushalt dieses Ministeriums umfaßt ein stattliches Budget von 96 Millionen. Hier markieren sich die Millionenablen auf. Der Abschluß erbringt im ordentlichen Haushalt an Ausgaben 66 525 100 M., im außerordentlichen Haushalt 2 774 400 M., an Einnahmen im ordentlichen Haushalt 39 411 200 M., im außerordentlichen Haushalt 1 035 500 M.; die Mehrausgaben betragen somit 27 113 900 M. bzw. 1 738 900 M.

Im einzelnen verzeichnet der Haushalt der einzelnen Abteilungen des Ministeriums folgende Zahlen: Ministerium, 130 (bisher 130) planmäßige Beamte, deren Bezüge 333 900 M. erfordern. 77 380 M. weniger wie bisher; 10 außerplanmäßige Beamte mit 35 000 M. Gehalt und 73 000 M. für Vergütungen an nicht beamtete Hilfskräfte. Im ganzen werden für das Ministerium 1 218 700 M. verlangt. — Bei Kapitel Landeskommissionen werden 21 planmäßige Beamte 147 000 M. und für 10 außerplanmäßige Beamte 10 200 M. angefordert. Im ganzen betragen die Ausgaben in diesem Kapitel 158 400 M.

Der Verwaltungsausschuß beschäftigt 10 Beamte mit einem Aufwand von 102 267 M., die Gesamtausgaben betragen 111 200 M.

Umfangreich ist der Abschnitt Bezirksverwaltung. Hier sind 733 (bisher 746) Beamte planmäßig angestellt, Landräte, Medizinalräte, Veterinärärzte, Bezugsärzte und Bezirksleiter, Bauoberinspektoren, Bezugsbeamter usw. Der Aufwand hierfür beträgt 4 247 943 M.; die Zahl der außerplanmäßigen Beamten beträgt 108 (bisher 125), deren Aufwand 310 400 M., hinzu kommen noch 195 500 M. an Vergütungen für händliche nichtbeamtete Hilfskräfte. An Dienstverhältnissen sind 170 000 M. eingelegt. Der Staatszuschuß für die Kreise beträgt wieder 1 Million Mark. Für gemeinnützige Zwecke, insbesondere zur Förderung des Feuerlöschwesens werden 470 000 M., 20 000 M. mehr wie bisher, verwendet, für das Medizinalwesen 186 000 M., 12 200 M. weniger, hierunter befinden sich 5500 M. Altersversorgung der Gemeindebeamten, 6900 M. für Fortbildungsaufträge für beamtete und praktische Ärzte und für Zahnärzte, für Umfahrungen 35 000 M., Staatsbeitrag für das Lehrinstitut des Reichsverbandes Deutscher Dentisten in Karlsruhe 1500 M.; auch für die freiwilligen Sanitätskolonnen und den Arbeiter-Samariterbund sind angemessene Beiträge vorzusehen. Das Veterinärwesen ist mit 184 000 M., das Fischereiwesen mit 35 000 M. eingelegt. Die Viehwirtschaftsaufwendungen belaufen sich auf 260 000 M., 65 000 M. mehr wie bisher; Bekämpfung der Bienenplagen 25 000 M., ein neuer Beitrag, der bisher noch nicht vorsehen war. Der sonstige Aufwand beträgt 615 500 M. An Renten für veruntätigte Volkswehrleute sind 9400 M. im Voranschlag enthalten, an Renten für ununtätigkeitsfähige Personen 6000 M., für die Kriegsarbeiterfürsorge 33 600 M. Der Gesamtaufwand für die Bezirksverwaltung beträgt 8 846 300 M.

Der Gesamtaufwand für die Bezirksverwaltung beträgt 8 846 300 M., die Einnahmen gegenüberstehen. — Im außerordentlichen Haushalt sind 150 000 M. für Aufwendungen für den Luftverkehr enthalten, 140 000 M. für Umbau des Bezirksamts in Rehl, 10 000 M. Staatsbeiträge an die Gemeinde Alsfingen für Umwetterhöhen. Im ganzen erfordert im außerordentlichen Haushalt die Bezirksverwaltung 465 500 M., denen 393 000 M. Einnahmen gegenüberstehen.

Polizei und Gendarmerie kosten den badischen Staat im ordentlichen Haushalt 21 133 100 M., während die Einnahmen 12 957 300 M. betragen. Die Mehrausgaben betragen somit 8 175 800 M. Bei der Polizei, einschließlich der Probabundung und Kriminalpolizei, sind 4000 Beamte planmäßig beschäftigt. Die Bekleidung und Ausrüstung erfordert 491 000 M., die Unterkunft 840 000 M., in einer Anmerkung wird gesagt, die Unterkunftsverhältnisse in den Polizeistationen seien teilweise noch so unzulänglich, daß die Bereitstellung von Mitteln in der angeforderten Höhe nicht zu umgehen ist; für Verpflegung sind 580 000 M. verlangt, für die Pferdehaltung (85 Pferde) 78 400 M., für die Heilfürsorge 185 800 M., für das Bildungsweien 45 000 M., für das Verkehrsweien 316 900 M., für Waffen und Munition 94 300 M., für die Polizeifundabhaltung 25 800 M., Erkennungsdienst 41 000 M. Die Polizei im ganzen steht im Voranschlag mit 17 064 900 M., das sind 108 000 M. mehr wie bisher. — Die Gendarmerie verfügt über 857 Beamte, deren Gehalt 3 000 588 M. beträgt. Unter den anderen Ausgaben befinden sich Heilfürsorge 28 000 M., Bekleidung 125 000 M., die Gendarmerie soll einheitlich mit dunkelgrünen Mänteln ausgestattet werden, Waffen, Munition, Ausrüstung 30 000 M., Pferdehaltung (12 Pferde) 16 300 M., Polizeifundabhaltung 42 400 M. Insgesamt werden für die Gendarmerie 4 008 200 M. ausgegeben, 32 220 M. mehr wie letzter.

Im außerordentlichen Haushalt werden bei der Polizei 10 000 M. für den Einbau von Seelanlagen in Kraftanlagen angefordert. Bisher waren die Kraftanlagen nicht beheizbar, wodurch die Fahrbereitschaft stark beeinträchtigt wurde; weiter werden für die Anlage einer Funkantenne in Konstanz 12 000 M. verlangt. — Bei der Gendarmerie sind 20 000 M. für Einrichtung von Dienstzimmern und Unterkünften und 20 000 M. für Anlagen von Warmvorrichtungen in den größeren Stationen eingestellt. Die Warmeinrichtungen im Anschluß an das öffentliche Fernsprechnetz in den wichtigsten Orten, besonders auf dem Schwarzwald, sind mit Rücksicht auf die Sicherheit des flachen Landes unumgänglich nötig, sie sind auch von den Strafverfolgungsbehörden als dringlich bezeichnet worden. Die Gendarmerie ist immer häufiger Angriffen der Öffentlichkeit ausgesetzt, weil sie infolge Fehlens solcher Warmeinrichtungen zumeist nur verputzt an Ort und Stelle eintreffen kann (Brände, Wassernot, Rasplafordern, Verkehrsunfälle). — Ueber die weiteren Abschnitte werden wir morgen berichten.

Der Voranschlag des Landtags

Aus dem Haushaltsausschuß des Badischen Landtags wird uns geschrieben: Der Bericht über den Voranschlag des Landtags erstattete Abg. Reinhold (Soz.). Die Vorschläge der Opposition über Vereinfachung und Einsparungen gaben dem sozialdemokratischen Redner Veranlassung zu dem Hinweis, daß gerade die Massenarbeit mit agitatorischem demonstrierendem Charakter der kleinen Parteigruppen und Gruppen die Arbeit sowie die Druckkosten und die Sitzungstage des Landtags wesentlich erhöhen. Bei Abfassung der stenographischen Berichte würden viele Neben ungehalten bleiben und große Geldsummen separt werden. In den Jahren, in welchen keine Budgetberatung stattfindet, könnten die Landtagsverhandlungen dann auf wenige Wochen konzentriert werden, wodurch ebenfalls große Summen erspart werden würden. Außerdem könnte man den Ausschüssen die Zeitpunkt bestimmen, zu welchen ihre Arbeiten abgeschlossen sein müßten. Letzterer Antrag wurde auch von Zentrumseite unterstützt.

Der von sozialdemokratischer Seite gestellte Antrag, wonach bei Titel 8 68 000 M. zu streichen sind, wenn bei kurzen Sitzungsperioden Ratensabgaben auf Abgeordnetenbüden ausfallen, wurde einstimmig angenommen, ebenso der gesamte Voranschlag.

Der Voranschlag über den Rechnungshof

rief eine wesentliche Aussprache nicht hervor; er wurde ebenfalls einstimmig ausgeschrieben.

In der Sitzung wurde auch in der Beratung des Voranschlags des Staatsministeriums eingetreten. Hier war Abg. Seid (Soz.) Berichterstatter. Es wurde zunächst Kapitel 1 Titel 1-8 behandelt. Anträge hierzu sind während der Sitzung nicht gestellt worden. Ueber die zum Kapitel vorliegenden Anträge der Oppositionsparteien wird bei Anwesenheit des Herrn Staatspräsidenten wei-

ter verhandelt; die Beratung mußte infolge einer dringenden Reise den selben ausgesetzt werden.

Am Donnerstag folgte die Beratung des Justizministeriums.

Die Beratung über die Ausfallbürgschaft

Der Haushaltsausschuß des badischen Landtags hat am Mittwoch, 22. Januar, seine Beratungen zur Denkschrift über die Staatsbürgerschaft für die landwirtschaftliche Einheitsgenossenschaft fortgesetzt. Auffallend dabei war, daß die liberalen und demokratischen Vertreter der Landwirtschaft eine feste Haltung einnahmen, während sie früher in dieser Frage bewilligungslustiger gewesen sind. Daß sich der Berichterstatter Dr. Köhr, sowie der Minister des Innern und die Vertreter des Zentrums für die Staatsbürgerschaft einsetzten, ist nicht verwunderlich.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Kernfrage herausgeholt, ob durch die Uebernahme der Staatsbürgerschaft den Interessen der Landwirtschaft gebietet werde und das sei das Entscheidende. Man dürfe kein Jahr mehr unbekümmert verstreichen lassen, dadurch sei der Landwirtschaft ein schlechter Dienst erwiesen.

Inzwischen ging der entsprechende Gesetzentwurf des Innenministeriums ein. Die Denkschrift wurde mit 13 Stimmen gegen 3 Entlassungen angenommen, ebenso der Gesetzentwurf. Ein Antrag auf Einziehung eines Untersuchungsausschusses fand einstimmige Annahme.

Spätherbin trat der Ausschuß in die Verhandlung über einen weiteren Gesetzentwurf für die Uebernahme der Staatsbürgerschaft ausunsten der Bauernvereine ein. Die Denkschrift wurde mit 13 Stimmen gegen 3 Entlassungen angenommen, ebenso der Gesetzentwurf. Ein Antrag auf Einziehung eines Untersuchungsausschusses fand einstimmige Annahme.

Späterhin trat der Ausschuß in die Verhandlung über einen weiteren Gesetzentwurf für die Uebernahme der Staatsbürgerschaft ausunsten der Bauernvereine ein. Die Denkschrift wurde mit 13 Stimmen gegen 3 Entlassungen angenommen, ebenso der Gesetzentwurf. Ein Antrag auf Einziehung eines Untersuchungsausschusses fand einstimmige Annahme.

Bei der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses hat der Vertreter der Nationalsozialisten durch Abwesenheit gesündigt, obgleich es sich um sehr wichtige Fragen der Landwirtschaft gehandelt hat. Vielleicht deshalb weil die Verhandlungen mehr vertraulicher Natur waren, was für die Ausschließung der Vorgänge nach nationalsozialistischer Art ein Hindernis sein mag.

Abbruch von Festungswerken in Siechi

Am Mittwoch begannen die Entfestigungsarbeiten am Brückenkopf Rehl. Nach den Bestimmungen des Berliner Vertrages hat Deutschland mit Rücksicht auf die bevorstehende Räumung durch die französische Besatzung im Laufe dieses Jahres die von den Franzosen inzwischen geräumten Festungswerke zu zerstören. Mit der Niederlegung des zünftigen Sundheim und Neumühl gelegenen Stützpunktes an der Kinzig ist begonnen worden. Die weiteren Entfestigungswerte gelangen gleichfalls in den nächsten Wochen zur Niederlegung, abgesehen von den Werken, die bis zur endgültigen Regelung noch von den Franzosen besetzt gehalten werden.

Interessierte Rhein-Schiffahrtskontrolle stellt Tätigkeit ein

Ludwigshafen, 22. Jan. Die Tätigkeit der Rheinschiffahrtskontrolle ist jetzt auch in der dritten Zone endgültig eingestellt worden und auch in letzter Zeit kaum noch ausgeführt worden. Ein großer Teil der beschlagnahmten Boote ist den Besitzern zurückgegeben worden. Man vermutet, daß die Abteilung in Ludwigshafen noch in diesem Monat ihre Tätigkeit einstellt und auflöst. Bis zur endgültigen Räumung bleibt aber der Kommission das Kontrollrecht vorbehalten.



...stets frisch-diese Kolibri!
NUN — wo sie soviel geraucht wird!

Kolibri

Bürgerliche Futterkrippenwirtschaft

Das neue thüringische Ministergesetz

Aus Weimar wird geschrieben:

Der Gesetzesaussschuss des Landtags von Thüringen hat die Beratungen über das neue von den bürgerlichen Parteien vorbrachte Ministergesetz abgeschlossen. Es gibt wohl keine Frage als gerade die Frage der dienstlichen Stellung der parlamentarischen Minister, die so sehr gegen die Sozialdemokratie ausgeübt worden wäre. Viele naive Gemüter im Kleinbürgertum und in Bauerntreuen glauben, daß die hohen Ministergehälter, die in der Phantasie solcher Kreise natürlich die Sozialdemokraten beziehen, den ganzen Staat aufzueßeln.

Die Sozialdemokratie hat der Frage der Besätze und der Pensionen der Minister eine so große Bedeutung beigelegt, daß sie es für richtig hielt, ihre Stellung dazu in folgenden fünf Forderungen zu formulieren:

1. Das Dienstverhältnis der Minister ist auf 12.000 M jährlich zu beschränken. Eine Aufwandserschädigung wird nicht gezahlt.
2. Minister, die aus eiguem beamteten Beruf herangezogen sind, ist ihr früheres Staatsamt zum Wiedereintritt offen zu halten. Ist ihr Wiedereintritt in den Staatsdienst ausgeschlossen, so erhalten sie die Versorgungsansprüche ihrer früheren Soldaten-Gruppe.
3. Minister, die vor ihrem Eintritt in das Ministeramt einen freien Beruf ausübten, erhalten als Lebenspension 5/6 für drei Monate das volle Gehalt, 1/6 für ein Jahr das halbe Gehalt.
4. Andere Versorgungsansprüche (Pensionen usw.) dürfen an solche Minister nicht gezahlt werden.
5. Unfall-, Ruhestands- und Sinterlebensbesätze an Minister sind nach den Grundätzen des Staatsbeamtenrechts zu gewähren.
6. Alle Versorgungsansprüche dürfen den Betrag von 12.000 M Höchstbesatz jährlich nicht übersteigen.

Diese Forderungen sind als Hauptantrag gestellt worden sind, sollen eine grundsätzliche Festlegung des Landtags für das neue Gesetz bringen.

Alle bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Nationalsozialisten haben die Forderungen jedoch abgelehnt und damit bewiesen, daß es ihnen in keinem Punkte ihre Reformprogramme auf diesem Gebiete ernst gewesen ist.

Zu gleicher Zeit haben aber die Nazis und die bürgerlichen Parteien ihren Ministern eine jährliche Aufwandserschädigung von 2000 M zugesichert. Das ist ein gewaltiges Nationalsozialistisches "Fundstück", den Besatz aller Repräsentationsgelder im öffentlichen Leben fordern! Dabei fällt besonders erschwerend ins Gewicht, daß die Minister in Thüringen bisher noch niemals Aufwandserschädigungen bezogen haben. Erst die Nazis mühten kommen, um solche Repräsentationsgelder zu schaffen.

Hugenbergs Synagogenmantel

In Heft 3 der Zeitschrift Das Freie Wort wird auf folgende merkwürdige Tatsache hingewiesen: In Berlin gibt es eine Tiergarten-Synagoge G. m. b. H. Direktor dieser Tiergarten-Synagoge G. m. b. H. ist laut Eintragung in das Handelsregister Alfred Hugenberg. Ein für seine Bundesangelegenheiten Hitler immerhin auffälliger, wenn nicht gar peinlicher Umstand. Das Wunder erklärt sich freilich als recht harmlos: Da die Gründung einer G. m. b. H. mit einigen tausend Mark Kosten verbunden ist, so stiegen gute Geschäftsleute wie Herr Hugenberg im Bedarfsfälle den sogenannten „Mantel“ einer bereits bestehenden G. m. b. H. zu erwerben. Herr Hugenberg braucht bei seinen zahlreichen Geschäftschickeln natürlich rechtlich solche Mantel, und so hat er auch den gerade freierwerbenden Mantel der Tiergarten-Synagoge G. m. b. H. gekauft.

Der Protektor des nationalsozialistischen Aufschwungs Synagogenbesitzer. Was hat Hitler zu seinem neuesten Busenfreund?

Hergt gegen Hugenberg

Aus deutsch-nationalen Kreisen verlautet, daß der Mitbegründer der Deutsch-nationalen Partei und frühere Vorsitzende der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion, der Reichstagsabgeordnete Hergt es abgelehnt hat, über seinen Wahlkreis hinaus agitatorisch für die Deutsch-nationale Partei tätig zu sein. Ursache ist der Hugenbergs.

Nationalsozialistische Putsch-Standarte in der Münchener Universität

Schindubertreiben mit dem Staat

Die Münchener Universität ist neuerdings zu einer Art Exerzierplatz der nationalsozialistischen Studentengruppen geworden. Uniformiert, in braunen Hemden, Rümpfen und Lederzeug, marschierte die studentische Hitler-Garde zur sogenannten Reichsgründungsfest in die Universität ein. Voran jene Standarte, mit der Hitler im Jahre 1923 seinen Putsch vorbereitete und am 1. Mai die Reichswehr gewonnen hatte, ihm Waffen auszuliefern, um die Münchener Arbeiterfront wie tolle Hunde niederzuschlagen. Vor der Aula innerhalb der Universität stellten sich die Hitlerstudenten auf und nach einem Kommando: „Stille stehen!“ marschierten die Gäste, deutsche Minister, Reichswehrgeneral und Prinzen des Hauses Wittelsbach die Pforte der Aula. Als der ehemalige Generalstaatskommissar v. Kahr kam, kommandierte der Führer: „Acht Acht“, um Kahr in Erinnerung an den November 1923 seine Mißachtung auszubringen.

Der Hölische Beobachter teilt diese Selbentat mit fetten Ueberschriften mit, vor allem aber die Tatsache, daß zum erstenmale eine nationalsozialistische Standarte bei einer offiziellen Veranstaltung der Münchener Universität aufgeführt worden konnte.

Es sind also unter dem Rektor Eichmann, dem Professor der katholischen Theologie, offenbar die Voraussetzungen gegeben, daß die Hitlergeareden die Münchener Universität neuerdings zum Zummelplatz ihrer Wadapolitik machen können.

In richtiger Stelle gelandet

Der in eine Remonstrationsfrage verwickelte Kahlbach ist, nachdem er kürzlich aus der Haft entlassen wurde, der Nationalsozialistischen Partei in Bremen beigetreten.

Zwischenfälle in der Universität Madrid

Paris, 22. Jan. Havana meldet aus Madrid, daß es in der Universität und in der in einem anderen Gebäude untergebrachten medizinischen Fakultät zu Zwischenfällen kam, weil Studenten diejenigen ihrer Studiengegner, die den katholischen Studentenverbänden angehören, am Besuch der Vorlesungen zu hindern suchten. Die Polizei griff ein und es kam zu einem Handgemenge, bei dem mehrere Manifestanten und auch Polizeibeamte leichte Verletzungen erlitten.

Der thüringische Polizeiminister.

Wir Nationalsozialisten wollen alles tun, um der Verfassung die Luft abdrücken!
Hr. Bögler (Nat.-Soz.) in Thüringer Landtag.



Minister Frid: „Ich brauche ja nicht hinzusehen, wenn andre für die Luft abdrücken!“

Volkswirtschaft

Trotz Mißmacherei hatte Dindenberg

Der für den 22. Februar 1930 einuberberufenen Generalversammlung der Allgemeinen Gesellschaft der Arbeiter Berlin wird laut Dindenbergbericht ein Überschuss von 9 Prozent (8 Pro. im Vorjahr) vorzulegen. Nach Abschreibung von 811.667 RM. (9.130.088) wird ein Nettogewinn von 19.172.708 (16.592.976) RM. ausgewiesen. 3,4 Millionen Reichsmark sind auf das nächste Geschäftsjahr vorgetragen worden, besitz im Hinblick auf die in Aussicht genommene Beizahlung der noch ausstehenden Vorkaufsausgaben durch Kündigung gemäß § 6 der Satzung. Der Umsatz der AGS und der Tochtergesellschaften, deren Kapital sich vollständig in der Hand der AGS befindet, ist im Berichtsjahre um mehr als 15 Prozent auf über 800 Millionen (im Vorjahr über 600 Millionen) Reichsmark gestiegen. Die Allgemeine rudiändige Konsumtoren im Anlage- und Geschäftsjahre der AGS (im Jahre 1929) um 350 Millionen Reichsmark in diesem Jahre nach sich gezogen.

Reformpläne bei Siemens

Auf der Generalversammlung des Siemenskonzerns teilte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Carl Friedrich von Siemens mit, daß sich die Umsätze der Siemens-Fabrik von 500 auf 550 Millionen und bei Siemens u. Co. von 300 auf 330 Millionen erhöht haben. Der Gesamtumsatz der Siemens ist also im letzten Jahr von 700 auf 850 Millionen Mark d. h. um mehr als 15 Prozent gestiegen. Da hierin jedoch nur die Stammverträge und die zu 100 Prozent in Siemens Händen befindlichen Betreibungen eingerechnet sind, nicht aber die große Anzahl wichtiger Unternehmungen, in denen sich Siemens mit anderen Kapitalgruppen teilt, muß, so ist der Gesamtumsatz tatsächlich höher. Wir erwähnen von diesen Unternehmungen als wichtigste nur Stram mit 38 Millionen Kapital (40 Prozent der Siemens), Vereinigte Eisenbahn Signalwerke mit 12 Millionen Mark Kapital (50 Prozent der Siemens), ferner die Siemens-Pflanzenwerke mit 18 Millionen Mark Kapital (über 50 Prozent der Siemens). Dazu kommen noch die bodenwertigen in- und ausländischen Zement-, Zuckers- und Zementfabriken, die Siemens-Baunnen und viele andere Gesellschaften. — Die Umsätze, die bei diesen Betreibungen auf das darin arbeitende Siemenskapital entfallen, dürften sich der vorstehenden Schätzung auf 125 bis 150 Millionen belaufen. Der Gesamtumsatz des Siemenskonzerns im weiteren Sinne erreicht also eine Millionäre Höhe von über 1000 Millionen Mark im letzten Jahr (im Jahre 1929 waren es nur 800 Millionen Mark). — Ueber die gegenwärtige Lage teilte der Vorsitzende noch mit, daß die Siemens und Hälfte der Betrieb wie früher ausreicht erhalten werden konnte, die Siemens-Fabrik dagegen einwanderungen vorzunehmen werden müßten, die bisher allerdings keinen größeren Umfang angenommen haben.

Reichsbahnabschluß 1929

Die Reichsbahn, deren Rückblick über das Geschäftsjahr 1929 loeben erscheint, weist für das Jahr 1929, trotz der unangünstigen Wintermonate, eine Steigerung des Güterverkehrs auf. Die Güterwagenleistung lag im Jahr 1929 um 1 Prozent höher als im Vorjahr, was angesichts der rückläufigen Konjunktur von besonderem Interesse ist. Im Personenverkehr wurden die Ergebnisse des Jahres nicht erreicht. Im Gesamtverkehr (einschließlich des Stadt-, Rings- und Korridorverkehrs) machten die Einnahmen 99,2 Prozent, die beförderten Personen 99,4 Prozent und die Personenkilometer 96,4 Prozent aus. Die Reichsbahn erhält wohl hiermit die ihr gebührende Quittung für ihre unbegriffliche Treuepflicht. Man versteht sich nicht unzufrieden am Geldbeutel des Verbrauchers. Die Zahl der bei Zusammenfällen verunglückten Reisenden macht sechs Prozent der Zahl des Jahres 1928 aus. Dabei wurde die Reichsbahn in den ersten Monaten des Jahres 1929 von mehreren schweren Bahnunfällen betroffen. Hinsichtlich der Finanzpolitik wird in dem Jahresbericht der Reichsbahn die Förderung aufgestellt, entweder einen Teil der Beförderungssteuer an die Reichsbahn abzuführen oder eine Erhöhung der Tarife vorzunehmen. Die Berechtigung dieser Forderung wird demnach allseitig bestritten. Das Gesamtpersonal für das Jahr 1929 wird mit 715.000 Köpfen angegeben. Das sind 15.000 mehr als im Vorjahr. Die Verrechnung erfolgte zur Steigerung der Betriebsfähigkeit und durch die Bekämpfung der Dienstanwärter.

Frauenkampf ums Bankkonto

Ein New Yorker Gesetz, das den im Stich gelassenen Ehegattinnen das Recht gibt, das Bankkonto des Ehemannes mit Beizug zu belegen, ist von dem Obersten Gerichtshof der Union als rechtswidrig aufrecht erhalten worden.

Weißer Zähne

Einhheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität. — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

machen jedes Antlitz ansprechend und schön. Oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste erzielen Sie einen wundervollen Elfenbeinglanz der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschmitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. — Chlorodont: Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürsten

Die Schöne vom Maskenball

Von Walter Mauer

Fred war müde und verstimmt. Wenn er das vorher gemüht hätte, wäre er gar nicht erst hingekommen. Wenn er sich ein Glas ausgesogen, meinte die andere Gesellschaft alle im Kostüm erschienen waren! Er fand es weder von Kurt noch von Fritz nett, daß sie ihn gar nicht vorher darauf aufmerksam gemacht hatten. Wie sollte er sich so amüüsieren? Außerdem kümmerte sich niemand um ihn. Die beiden Freunde waren längst in einer der Logen der Festhalle untergetaucht. Er sah als Einziger noch an dem Tisch, auf dem die Weinflasche und noch die halbgelüllten Gläser der beiden Ver- zehnwunden standen. Am liebsten wäre er nach Hause gegangen. Was hielt ihn eigentlich hier noch länger? Er sah sinnend vor sich hin. Vor seinen schmelzenden Augen erchielen plötzlich ein anderes Szenario, das ihm vorhin, als er mit der kleinen Blondin tanzte, aus dem Schatten einer Loge nachgeschickt hatte. War es das, was ihn hielt?

Die Musik ickte von neuem ein, die Tänzer eilten zu ihren Damen. Fred erritt kein Glas und nahm einen kräftigen Schluck. Er lang- wollte sich in seinem Traud.

Wätsch hörte er ein Ratscheln neben sich. Das Ratscheln von Seide. Er blickte auf. Ein schwarzer Domino lag am anderen Ende seines Tisches, die schlanken, seidenbestriumpften Beine übereinander geschlagen. Fred war verwirrt. Wie lange sah sie schon hier? Hatte sie keine Gedanken belauscht? Hatten keine Lippen unwillkürlich Worte gestammt, daß sie jetzt so diellegend lächeln konnte?

Er blickte wieder in das Szenario. Dann erhob er sich und verzweigte sich vor ihr. Nach mehreren Tänzen begann auch er sich auf diesem Abend, den er schon als verflucht angesehen hatte, zu erwärmen. Er schlug seiner Dame vor, ein Souper in einem der abgeschlossenen Klubzimmer einzunehmen, die sich in der zweiten Etage des Etablissemments befanden. „Wofür bitten Sie mich?“ antwortete die Dame gelächelt. Er bot seine ganze Beredsamkeit auf, um ihren belebten Stolz zu verhöhnen. Aber sie war plötzlich eisig und referierte und dußte es kaum, daß er beim Tanzen ihre Hand mit seinen Fingern fühlte. Nach zwei Runden erklärte sie ihm kurz, daß sie nach Hause wolle. Fred machte sich innerlich Vorwürfe. Er war voller Bewußtseins, so plump vorgegangen zu sein, und er schalt sich aus, daß er — bei seiner Menichkenntnis — es so wenig verstanden hatte, den Unterschied zwischen der Höflichkeit ihrer Gesittung und der Unfähigkeit der vielen anderen Masken zu wahren.

So besaßelte er sie mit gedemüßigtem Herzen nach dem Auto. Als sie den Wagen bestieg, freudete sie ihm die Hand hin. Er neigte sein Haupt zum Abschiedskuß. Da zog sie schnell die Hand zurück. Nun fragte er lebend, ob er niemals erwarten dürfte, sie wiederzusehen, und er gestand ihr rechtig seine Tallosigkeit ein. Sie klappete den Wagenstiel zu. Der Chauffeur turbelte an. In dem Augenblick,

als der Wagen abfahren wollte, gab es plötzlich einen leisen Schrei in seinem Innern. Fred schrie dem Chauffeur zu, sofort zu halten. Er eilte an die Tür und riß sie auf. In einer Ecke lag der Domino. Der weiße Abendmantel war von seinen Schultern herabgefallen. Seine Brust hob und senkte sich erratic. „Sehen Sie da!“ hauchte sie tonlos. Fred stieg in das Coupe und blühte zu dem geäußerten angedeuteten Fenster hinaus. Eine dunfle Gestalt schritt auf der im Schatt stehenden entgegengeleiteten Straßenrante auf und ab. „Sch! sündete mich“, flüßerte die Dame.

Nach langem Hin und Her erlaubte sie ihm endlich, in ihrer Seite Platz zu nehmen und sie nach ihrer Villa zu begleiten, die in einem Vorort lag. Das Auto setzte sich in Bewegung. „Ich muß Ihnen jedoch im Voraus sagen,“ sagte sie hinzu, „daß meine Wohnung ziemlich weit entfernt ist.“

„Um so besser,“ erwiderte Fred, „dann genieße ich um so länger das Vergnügen, in Ihrer Gesellschaft weilen zu dürfen.“

Der Wagen durchquerte die menschenleeren Straßen. An einer Kurve, die er in ungenünderem Tempo nahm, schlennderte er. Freds Arm wurde dabei an den Arm seiner Begleiterin gedrückt. Er konnte diese Gelegenheit nicht vorbegeben lassen, ohne ihre Hand zu ergreifen und einen Augenblick lang überließ sie ihm. Dann machte sie sich frei. „Geduld,“ flüßerte sie, indem sie ihre Hand zurückzog. Fred freilich keine vor den Augen. Diese Frau war von einer seltenen Anziehungskraft. Ihre Zurückhaltung erregte ihn. Warum war er ihr früher nicht begegnet? Es war eine besondere Gattung, die ihm das Schicksal aufspart hatte, und er hoffte innigst, daß diesem ersten Zusammenfallen, das ihm einen so hohen Grad von Achtung beigebracht hatte, bald ein zweites folgen würde. Eider war sie aus einem sehr guten Hause.

Der Wagen hielt mit einem Auf. Der Chauffeur öffnete den Schlag. Der begeisterte Jüngling, demüßt, jett seine ganze Zu- vorkommensbeiz zu beweisen, sprang aus dem Wagen, um ihr dem Aus- steigen seine Hand zu reichen. Sie legte die Spiten ihrer behands- chulden Rechte auf seine Finger. In diesem Augenblick föhlte er sich von hinten umschlungen, und als er sich mit Mühe umwandte, lag er beim Schein einer Laterne zwei kräftige Damen, die ihn festhielten. Während sie ihm fester packten, trat der Chauffeur an ihn heran und entriß ihm den Mantel die Brieftasche, nahm die goldene Uhr aus seiner Weste, zog die Ringe von seinen Fingern und nahm ihm schließlich Mantel und Fraubeh. Widerstand war unmöglich. Stillerste müßten nichts, denn der Schlag war eine alte Stelle, fern von allen Wohnunnen. Als die Arbeit getan war, stieg der Chauffeur wieder auf das Wagendeck. Die beiden Damen nahmen außerhalb auf einer Stange hinter dem Verdeck Platz, und das Auto mit der Dame entwandung purlos in der Nacht.

Wie vom Wis getroffen, fand Fred lange Zeit unbeweglich da, bis ihm die Kälte der Winternacht an die Wirklichkeit geinarte.

In demselben Augenblick er- nach langem Strömen in seiner Wohnung an. Untertweg war es ihm bitter falls geworden, daß ein ver- zweigter Abend sich nicht reparieren läßt.

„Apollo, Brunnenstraße“

Ein Berliner Volksstück in der Volksbühne

Das Bedürfnis nach Volksstücken mit Lokalcolorit scheint wie vor einem Schulum lebendig geworden. Aus Mangel an eigener Pro- duktion griff man zum Biedermeier zurück. „Mit-Berlin“, „Ber- linsie wie es meint und lacht“, ein Veriück, mit dem man vielleicht nicht rarisfische Köstlichkeiten, oder niemals ein Volksstück erwer- blich. Volkshühne, die um die Wiese dieses Genres in erster Linie bemüht sein müßte, hat jetzt wirklich mit „Apollo, Brunnenstraße“ der beiden Autoren Stefan Grolmann und Franz Seiler dem zeitgenössischen Volksstück Raum gegeben. Der Film ist wirklich hinsichtlich dem Theater voraus, denn in den Filmbühnen ist wirklich ein Stück Berliner Volksleben festgehalten. Hauptmann „Ratten“ und daran anschließend B. J. Kestrichs „Maasin“ geben mehr An- schaulichkeit als Querschnitt durch eine Stadt. Die Tradition des „Volksstückes“ verlangt einen Lebensbild, eine bildhafte Serie, eine Kette, in der die Taten und Triebe abrollen. Großmann und Seiler ist diese Formulierung, eine Mischung zwischen Theater und Re- portage gegliedert — auf Kosten der Einheit. Eine Handlung, die die- selbe in einem wirklichen Stück müßte, fehlt. Der Hinterbot von Brunnenstraße 124 in Berlin-N., mit seinen Abenteuer hinter eine Stern und Schuppen, mit dem Gesamt und den kleinen, ach so wich- tigen Erlebnissen seiner dreißig Parteien, ist Willkür und Haupt- stück zugleich. Er bewegt seine Zwischen nach seinem Geschma im- puniten Durcheinander. Da ist die Grete Müller der Lucie W a n- heim, die als „Grit Will“ sich über „Reit von Sola“ in einen Wo- che, heraufblüht, um zum Schluss wieder als Berufskünstlerin in einem Wo- chengeschäft ihren Söhen, Boxer und Mitalied des Vereins G e i n a e z, zu kriegen. Da ist das neugierige Göl der Blondin, die Taktion des- die Zeitungen austrägt und in fremden Anglegenheiten unüber- schidnäckelt. Fritz R a s p, ein Subalter, der die Wä t g e r, der die- morig singt und all die anderen, die der Regisseur F e l i n g s be- den treffenden Bühnenbildern Edmund G u h r s mit einer Liebe be- wegt, die sich wieder mehr mit der Gemächlichkeit des Biedermeier als mit Berlin W. 1930 zu tun hat. Und daran leben auch die Autoren Grolmann und Seiler: sie sind vernarrt in diese Stadt, in- daß sie auch noch das Elend mit den Augen des Verliebten ansehen. Sie tun verzieht mit dem Menschen und lagen noch zu den großen Schmerzen: es ist ja gar nicht so schlimm. Das könnte wie bei Bie- äußiger Humor sein, hier ist es D e r i l a h i t e i t. Brunnen- straße 124 als Schauspiel einer Wölle — das war vielleicht ein- mal, als die Grete Müller eine Krinolinen trug. Die Anordnung ab die Tradition Hölle nicht in der Form reden gelbes zu sein. Es ist da ein Volksstück entstanden mit heiligen Witten, in heilige- Sprache — ohne heutig zu sein. Proletariat als Zukermännchen 5. G.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die kommunistischen Quertreibereien

Zürich, 22. Jan. Das Gewerkschaftsamt Zürich hat neuerdings seine Statuten geändert, um den ewigen kommunistischen Quertreibereien endlich ein Ende zu machen. Das neue Statut befaßt in Kapitel 1, daß das Gewerkschaftsamt von den Sektionen der dem schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände gebildet wird, und verhindert damit, daß sich kommunistische Quertreibereien in das Amt einschleichen. Neu ist ferner die Bestimmung, daß Mitglieder und Sektionen weder auf ein Parteiprogramm verpflichtet werden, noch in irgendwelcher Weise für Parteizwecke aufgerufen werden dürfen. Als Publikationsorgan war im dem bisherigen Statut das sozialdemokratische „Volkswort“ und der kommunistische „Kampf“ zusammen genannt. In dem neuen Statut ist der „Kampf“ als Publikationsorgan ausgemerzt worden.

Erstbruch durch ein Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes Badischer Gemeinden

Für die Gemeindearbeiter Deutschlands werden die Arbeitsbedingungen zentral durch den Reichsmantelvertrag für die Gemeindearbeiter geregelt. Dieser Vertrag, der zwischen dem Reichsarbeiterverband deutscher Gewerkschaften und dem Reichsarbeiterverband deutscher Arbeitgeberverbände abgeschlossen ist, hat in seinem Paragraph 2, daß der Vertrag nicht gilt für vorübergehend beschäftigte Arbeiter, sowie Notstandsarbeiter. Der vorübergehend beschäftigte Arbeiter ist, soll zwischen dem bezüchtlichen Tarifparagrafen festgelegt werden. Mit dem Arbeitgeberverband Badischer Gemeinden und der Gewerkschaft ist nun auch ein Reichsmantelvertrag (R.M.T.V.) ein Badischer Ergänzungsvertrag abgeschlossen worden, der in seinem § 7 lautet: „Als vorübergehende Beschäftigung gilt eine Beschäftigung bis zu 3 Monaten.“

Diese Regelung hat sich auch seit 5 Jahren bewährt. Wo seit dem Abschluß des Vertrages Schwierigkeiten entstanden sind, bedurfte es nur einer Rücksprache, um dann sowohl den Vertrag nach seinem Wortlaut, als auch nach seinem Geist Anwendung finden zu lassen. Eine Ausnahme macht dabei Artikel 1. Hier sind Arbeiter immer noch als vorübergehend beschäftigt. Der Oberbürgermeister Kerner, der doch als Jurist von der Notwendigkeit der Einhaltung abschließender Verträge durchgehenden sein sollte, ist dasjenige Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes, welches vielfach den Rubrum erhalten will, die für die Arbeitnehmer abschließenden Bestimmungen auszusprechen. Diese Einstellung findet man aber nicht nur beim Tarifvertrag, sondern auch beim Betriebsarbeitsvertrag. Das soziale Arbeitsrecht, welches die Rechtsprechung für die deutsche Arbeiterbewegung gebracht hat, ist weiterhin in Kraft noch nicht bekannt geworden.

Der einheitliche Herrschaftsstandpunkt der Vorstandsmitglieder im Rat der Städte Baden ist. Innerhalb Badens ist Rat der Städte Baden, welche die Anstellungsbedingungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter scharf geregelt hat. Für die vielen Arbeiter, die eine Gemeinde wie Rat auf der Erde hat, werden im Interesse der Bevölkerung und der Volkswirtschaft eine Anzahl Arbeiter gebraucht. Anstatt nun diese Arbeiter ordnungsgemäß zu beschäftigen und zu behandeln, stellt man vorübergehend Beschäftigte ein und legt damit dem Tarifvertrag außer Kraft. Drei Jahre und länger sind manchmal solche Arbeiter bei der Stadt beschäftigt und kommen um ihre tariflichen Rechte zu kurz, wie das jetzt eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht beweist.

Im Jahre 1928 brauchte die Stadt einen Mineur und Maschinenführer der Bergbau-Kommission. Von den Notstandsarbeitern wurde die Stadt einen Arbeiter aus und ließ ihn sich zum Arbeitsamt als vorübergehend beschäftigten Gemeindearbeiter überweisen. Bei der Einstellung wollte man diesen Arbeiter als ungelernen Arbeiter nach der niedrigen Lohnstufe des Lohnvertrages bezahlen. Der Arbeiter erhob hiergegen Einspruch und machte um Ausbruch, daß der Lohn eines Mineurs und Maschinenführers an einem Komplexor mindestens 1.20 M außer Schmutz- und Zulage betrage.

Einleitend diktierte man dann einen Lohn von 1.10 M für die Arbeiten am Komplexor, bei Reparaturen usw. jedoch nur 80 Pf. Dabei legte man in diesem Diktat noch fest, daß entgegen den Bestimmungen aller Tarifverträge sowie der Arbeitszeitverordnung auch alle Überstunden mit diesen einfachen Stundenlohn abbezahlt werden müssen. Den Vorarbeiten und den Arbeitern wurde dieses Diktat bekannt gegeben und mußten sie dasselbe nach Kenntnisnahme unterschreiben. Damit meinte der Herr Oberbürgermeister einen Vertrag geschlossen zu haben, vor dem dem 2. Bürgermeister, Herrn Köhler, vor dem Arbeitsgericht ausgeführt wurde.

Gegen diese Maßnahme des Rat der Städte Oberbürgermeisters wurde vom dem Arbeiter Einspruch erhoben und als die Überstunden immer mehr anwachsen und die Arbeitszeit bis zu 17 Stunden an einem Tag ausreichte, verlangte der Arbeiter seine Überstundenzulage und keine Anerkennung als ständiger Gemeindearbeiter, da er eine ständige Arbeit verrichte. Sein Vorgesetzter weigerte ihm mit der Bezahlung und Anerkennung von Woche zu Woche. Als alles nichts half, beauftragte der Arbeiter seine Organisation mit der Regelung der Verhältnisse.

In einer Eingabe vom 14. November an den Oberbürgermeister verlangte dann auch der Verband eine sofortige Anstellung als Gemeindearbeiter und tarifliche Bezahlung. Die Antwort auf diese Eingabe an den Herrn Oberbürgermeister Kerner war dann die Kündigungs Kündigung des Arbeiters. Herr Kautz Weigelt, der dem Arbeiter die Kündigung mitteilen sollte, machte denselben dann auch Vorwürfe, daß er durch den Verband dem Oberbürgermeister geschrieben hätte und erklärte: „Ich muß Sie leider kündigen. Sie hätten noch lange bei uns arbeiten können, wenn Sie nicht dem Oberbürgermeister durch den Verband geschrieben hätten.“ Also eine glatte Verneinung des Arbeiters, weil er keine tariflichen Rechte beansprucht, aber auch ein Bruch des bestehenden Tarifvertrages. Über 900 Überstunden hat der Arbeiter machen müssen, besonders bei Notarbeiten wie Gas- und Wasserrohrbrücken, die in keiner Weise mit Zuschlag bezahlt worden sind.

Kann mehr hätte das Arbeitsgericht über die Forderung des Arbeiters, den Überstundenzulage zu zahlen und eine Klage des Betriebsrats über unrechtmäßige und arbeitswidrige Entlassung, auszusprechen.

Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts, der das heiße Eisen erkannt hat, versuchte zweimal, an einem Vergleich zu kommen. Kategorisch weigerte aber von dem 2. Bürgermeister im Auftrag des Oberbürgermeisters jeder Vergleich abzulehnen.

In der nunmehr entscheidenden Sitzung vor der Kammer des Arbeitsgerichts wurden die ganzen Verhältnisse bei der Stadt Baden und besonders der einseitige diktatorische Standpunkt des Rat der Städte Oberbürgermeisters in das richtige Licht gerückt.

Das langwierige Zeugenaussagen und Beratungen wurde nach dem fünfjährigen Verhandlung folgendes Urteil verkündet: Die Klage der Stadtgemeinde wird zurückgewiesen, an den Kläger die Summe von 175.84 für Überstundenzulage für die Jahre 1928 und 1929 zu zahlen.

Die Kosten des Verfahrens trägt die Beklagte. In der Begründung wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Rat der Städte Baden dem klaren Wortlaut des Gemeindearbeitervertrages als Vorwand auf die tarifliche Bestimmung des Vertrages hätte.

Es mußte also zuerst zu einem Prozeß kommen, um dem Herrn Oberbürgermeister Kerner, der selbst Vorstandsmitglied des Badischen Arbeitgeberverbandes ist und der den Vertrag mit geschlossen hat, zu zeigen, daß ein abgeschlossener Vertrag auch einzuhalten ist. Was sagt hierzu der Arbeitgeberverband?

Aus aller Welt

Wilhelm Klag

Der frühere Kaiser hat gegen die Berliner Morgenpost Privatklage wegen Beleidigung erhoben.

Das Urteil im Sprengstoffprozeß in Hannover

Das Schwurgericht Hannover verurteilte den Haupttäter Heinrich Buchholzer wegen Sprengstoffverbrechens zu 4 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf vier Jahre. Sein Bruder Friedrich erhielt acht Monate Gefängnis.

Konflikt zwischen Paraguay und Bolivien

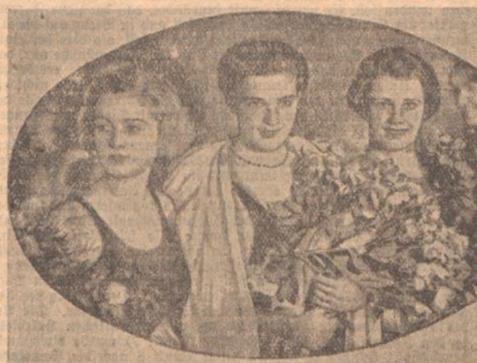
Vor einigen Tagen hatte eine bolivianische Patrouille eine paraguayische Truppenabteilung angegriffen, wobei es einen Toten gab. Der Geschäftsträger Paraguays teilte dem Staatsdepartement mit, er bezieht einen unmittelbaren herbeiführenden Konflikt.

Das vermisste französische Flugzeug gefunden

Paris, 22. Jan. Das seit mehreren Tagen vermisste Verkehrsflugzeug Avions-Le Havre wurde 5 Kilometer nördlich von Dieppe auf einer Klippe entdeckt. Der Pilot und die vier Passagiere haben den Tod gefunden.

Geriichtsurteil wegen kommunistischer Ausschreitungen

Wie die Blätter melden, verurteilte das Berliner Gericht die Kommunisten Hilbert zu neun Monaten, Neumann zu sechs und Danlich zu drei Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Beurteilungen waren an den Ausschreitungen beteiligt, die am 8. August 1929 von Kommunisten in der Kopenbrücke begangen wurden.



Deutschlands Schönheitskönigin

Nachdem bereits eine Reihe europäischer Länder vorausgegangen ist, ist jetzt auch die „Miss Germany 1930“ von einer Jury prominenter Vertreter der Kunst und der Wissenschaft gewählt worden, die Deutschlands Farben auf der Welt-Schönheitskonkurrenz in Rio de Janeiro vertreten wird. Unser Bild zeigt sie (in der Mitte) nach der Wahl. Sie heißt auf den Namen Dorrit Wilmanns. Links von ihr Ruth Ingrid Richard, die den zweiten, und rechts von ihr Lotte Galt, die den 3. Preis erhielt.

Strafanträge im Koblenzer Eisenbahnbestechungsprozeß

Koblenz, 22. Jan. Im gestrigen 5. Verhandlungstage in dem Prozeß Dunfel und Genossen begannen die Witdoberns. Der Staatsanwalt beantragte gegen sechs der angeklagten Reichsbahnbeamten Zuchthausstrafen wegen aktiver bzw. passiver Bestechung, Amtsunterschlagung, schwerer Amtspflichtverletzung von 1-2 1/2 Jahren und gegen einen Beamten wegen Amtslichverletzung sechs Monate Gefängnis, gegen Anton Dunfel wegen aktiver Bestechung und Betrugs 2 Jahre Gefängnis, gegen Ruben wegen aktiver Bestechung 9 Monate Gefängnis und gegen Dunfel wegen Bestrafung 300 M Geldstrafe. Außerdem wurde die sofortige Wiedereröffnung der Angeklagten mit Ausnahme von zweien beantragt. Beim Angeklagten Vinde, dem keine strafbare Handlung nachgewiesen ist, beantragte der Staatsanwalt Freisprechung.

Mädchenhändlerbande entdekt

Die bessaarische Polizei ist seit mehreren Tagen einer großen Mädchenhändlerbande auf der Spur, die von Rishinem aus mindestens 200 Mädchen per Automobilen an ausländische Fremdenhändler verkauft hat. 10 Mädchenhändler sind bereits verhaftet. Die Polizei kam der Bande auf die Spur, als dieser Tage wieder ein 15jähriges Mädchen aus der Umgebung von Rishinem verschwand war. Die auf Veranlassung der Mutter des Mädchens eingeleiteten polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß das Mädchen zuletzt bei einer Kleiderhändlerin gewesen war und von dort verschwand sein mußte. Die Händlerin, in deren Wohnung umfangreiches belastendes Material gefunden wurde, legte schließlich ein Geständnis ab und brachte die Polizei auf die Fährte ihrer Komplizen.

Lohnt das Autohelfen?

In Berlin werden jetzt über hundert gestohlene Autos gesucht. Täglich bzw. wöchentlich werden etwa fünf bis zehn Wagen entführt. Der republikanische Deutsche Autoklub hat jetzt von sich aus Detektive angeheilt, die die Arbeit der Kriminalpolizei unterstützen sollen. Es sind Belohnungen von 200 bis 400 Mark ausgesetzt. Außerdem werden noch allerhand originale Mittel ausgedacht, um der Diebesbande auf die Spur zu kommen. So hat ein Redakteur eines Berliner Mittagsblattes einen wunderschönen Rodowagen auf die verkehrsarme Gimbelfstraße in Wilmersdorf gestellt, der in der dritten Nacht tatsächlich gestohlen worden ist. Mit Motorradern fuhr man hinter dem Dieb her. Er wurde gefaßt und entkoppelte sich als ein herabgestoßener Student. Als man ihm Straffreiheit zusicherte, verpönte er ein Lager ausgeschalteter Autos in Koblenz bei Berlin. Er erzählt aus seiner Praxis weiter, daß oft der Versuch gemacht werde, den vermerkbaren Inhalt der Wagen in großem Bozen um Berlin herum bis an die holländische Grenze zu fahren und später nach Belgien und Frankreich einzuschmuggeln. Die Unkosten wären sehr hoch und das Geschäft würde durchwegs nicht so lukrativ sein, wie es aussieht.

Das Urteil im Prozeß Lindemann

Berlin, 22. Jan. In dem aufsehenerregenden Prozeß wegen der Quertreibereien mit den Aktien der Brandenburgischen Holzindustrie A.G., der seit längerer Zeit eine Sonderabteilung des Schlichtergerichts Berlin-Wilhelmsriede befristet hatte, wurde Mittwoch im Amtsgericht Ratzeburg das Urteil verkündet. Es wurde verurteilt wegen Betruges und Kurstreiberi sowie Vermögens gegen das Handelsgehilfen Kommerzienrat Karl Lindemann zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, 14.000 M Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust, Otto Lindemann zu 1 Jahr Gefängnis und 6000 M Geldstrafe, Gustav Lindemann zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 7000 M Geldstrafe, der Kaufmann Wis wegen Betruges gegen das Handelsgehilfen zu 1000 M Geldstrafe. Der Anzeigende Trost wurde freigesprochen.

Nach acht Monaten tot aufgefunden

Münster, 22. Jan. Der seit Mai vorigen Jahres vermisste Oberrealschüler Hartmann, Sohn eines Polizeihauptwärtlers in Münster,

bergt, wurde heute früh in dem Didiß eines Waldes Almooshof von einem Baderlehrer mit einer Schusswunde tot aufgefunden. Neben ihm lagen noch sein Fahrrad, seine Aktentasche und die Schusswaffe.

Töbliche Gasvergiftung bei Erdbarbeiten

London, 22. Jan. In Hull erkrankten gestern bei Erdbarbeiten 15 Arbeiter an Gasvergiftung. Drei von ihnen fanden den Tod.

„Revolution in der Schule“

Dieser Tage warf sich ein 15jähriger Oberrealschüler in Banreuth außerhalb der Stadt vor einen fahrenden Eisenbahnzug. Der Kopf wurde ihm vom Kumpf getrennt.

Der betreffende Schüler war der Sohn eines Ingenieurs, aufgeweckt, begabt und fleißig. Sein Freund, der ihm in diesen Eigenschaften nachstand, erhielt aus nichtigem Anlaß eine Strafaufgabe. Er sollte einen Aufsatz anfertigen mit dem Thema: „Revolution in der Schule.“ Da er sich dem nicht gewachsen fühlte, verpönte ihm der Freund, den Aufsatz zu machen, setzte sich hin und schrieb sich all das vom Herzen, wogegen sich innerhalb des Schulbetriebes kein Geringfügiges empörte. In seine laubende Kritik fiel auch das Benehmen eines Lehrers, der einige Klassenkameraden seit langem begünstigt, auch geküßt hat. Dann schickte ihm aber doch der Mut, seine Besenstände dem Kameraden auszuhandigen. Er hemmte die Blätter unter den Arm und begab sich mit ihnen in ein höheres Stockwerk der Schule. Das Mitschneiden wollte es, daß er auf der Treppe seine Arbeit verlor. Bis er das merkte, hatte er schon ein Lehrer aufzucken und dem Rektor übergeben. Folge: ein hochnotwendiges Verhör, da unter dem Aufsatz der Name des Verfassers stand. Die angeordneten Strafen und das in Aussicht gestellte Verfahren trieben den Jungen zur Verzweiflung. Er schilderte in einem ausführlichen Bericht seinem Vater, der nun allem noch keine Abnung hatte, den ganzen Vorgang, bekannte zuletzt seinen festen Entschluß zum Freitod und gab Art, Ort und Zeit der Tat an. In Tode erstickten fand der Vater diesen Brief auf seinem Schreibtisch kurz vor dem darin angegebenen Zeitpunkt der Tat. Er stürzte in ein Auto, doch die Zeitpanne war zu kurz. Das Schicksal wollte es, daß er aus kurzer Entfernung die Tat seines Sohnes mitemischen mußte. Die Schulschuld der Sache und der absoluten Lehrerautorität hatte ihr Dofier verflungen.

Die Bismarck im Untermainingebiet

Aus Würzburg wird berichtet: Immer mehr dringt die gefährliche Bismarck auch in das Gebiet des Untermainingebietes vor. Vor zwei Jahren wurden in Unterfranken acht dieser gefährlichen Raquetiere gefangen, im Jahre 1929 waren es schon zwölf.

Es gibt noch Dofel in Amerika

Am das Jahr 1770 lebte in einem kleinen Dorf des Saargebietes die Familie Beder, Besitzer einer kleinen Schmiede. Da die Zeiten hart und das Leben schwer war, wanderte der älteste Sohn nach Amerika aus und es ward nie mehr etwas von ihm gehört. Etwa hundert Jahre später wurden die Nachfahren Beder gewahrt, daß ihr leinzeit ausgewandert Dofel in der Nähe von Philadelphia, etwa um das Jahr 1830, gestorben sei. Er habe ein großes Vermögen hinterlassen, aber testamentarisch so verfügt, daß nicht ein einziger Dollar zu bekommen sei. Anzustehen schlug die Familie Beder lustig weiter auf den Ambos und schlug sich leicht und recht durchs Leben und durch die abwechslungsreiche Geschichte des Saargebietes. Von Generation zu Generation wurde jedoch die Sage vom reichen Dofel Beder in Amerika weitererzählt, und so oft ein alter Beder starb, erbten die jungen Beder meistens die Hoffnung auf den Dollarerben.

Als 1918 das Saargebiet besetzt wurde, kamen wiederum sehr kritische Zeiten für die Bevölkerung. Damals zählte die Familie Beder zwei Töchter und drei Söhne. Den Söhnen kam der Gedanke, sich in Frankreich naturalisieren zu lassen, wenn sie dort Arbeit finden würden. Das glückte ihnen 1919 in Nizza, bei der Eisenbahn. Heute ist einer der ausgewanderten Söhne Stationsvorsteher im Bahnhof Gambetta bei Nizza, seine beiden Brüder sind Hilfslokomotivführer. In dieser Stellung hat sie das Glück und der Dollarerben des Dofels aus Amerika erreicht. Die Klausel des Testaments war erfüllt: Hundert Jahre sollte das Vermögen nicht Zinsen von der Stadt Philadelphia verfallen und dann an die Erben ausbezahlt werden. Hundert Jahre sind um. Die fünf Erben teilen sich die kleine runde Summe von einhundert Millionen Francs.

So ist ein Geiztragen!

Ein alter Invalide, der sehr heruntergekommen aussah, erlitt dieser Tage in Hockum einen Herzschlag auf der Straße und verschied bald hierauf. Seine ganzen Habsehligkeiten hatte er in einem Bündelchen bei sich. Als man an die Eröffnung dieses ärmlichen Nachlasses ging, mußte man mit großem Erschrecken feststellen, daß der arme 200 Mark Bargeld, davon 850 Mark in der Geldtasche, das übrige in 50- und 100-Mark Scheinen verpackt in seinen Bädern bei sich trug. Außerdem fand sich ein Sparkastenbuch der Stadt Hockum mit 2000 Mark. Aus seinen Aufzeichnungen ging hervor, daß er aus guter Familie stammte, durch seinen Wandertrieb aber verarmt war. Wie der verstorbenen Reiche sein Geld zusammengebracht hat, ist rätselhaft, da er nur Invalidentrente bezog. Er war allerdings fröhlich sparsam und gönnte sich selbst nicht das Gerinaste.

Briefkasten der Redaktion

J. H. Durlach. Die Antwort auf die Anfrage ist aus dem in der heutigen Nummer erscheinenden Artikel „Die Schulden der Geizhalsen“ ersichtlich.

Vereinsanzeiger

Die in 4 Zeilen 50 Pf. bis 20 Zeilen 1.00 Pf. bis 40 Zeilen 1.80 Pf. bis 60 Zeilen 2.50 Pf. bis 80 Zeilen 3.20 Pf. bis 100 Zeilen 4.00 Pf. bis 120 Zeilen 4.80 Pf. bis 140 Zeilen 5.60 Pf. bis 160 Zeilen 6.40 Pf. bis 180 Zeilen 7.20 Pf. bis 200 Zeilen 8.00 Pf. bis 220 Zeilen 8.80 Pf. bis 240 Zeilen 9.60 Pf. bis 260 Zeilen 10.40 Pf. bis 280 Zeilen 11.20 Pf. bis 300 Zeilen 12.00 Pf. bis 320 Zeilen 12.80 Pf. bis 340 Zeilen 13.60 Pf. bis 360 Zeilen 14.40 Pf. bis 380 Zeilen 15.20 Pf. bis 400 Zeilen 16.00 Pf. bis 420 Zeilen 16.80 Pf. bis 440 Zeilen 17.60 Pf. bis 460 Zeilen 18.40 Pf. bis 480 Zeilen 19.20 Pf. bis 500 Zeilen 20.00 Pf. bis 520 Zeilen 20.80 Pf. bis 540 Zeilen 21.60 Pf. bis 560 Zeilen 22.40 Pf. bis 580 Zeilen 23.20 Pf. bis 600 Zeilen 24.00 Pf. bis 620 Zeilen 24.80 Pf. bis 640 Zeilen 25.60 Pf. bis 660 Zeilen 26.40 Pf. bis 680 Zeilen 27.20 Pf. bis 700 Zeilen 28.00 Pf. bis 720 Zeilen 28.80 Pf. bis 740 Zeilen 29.60 Pf. bis 760 Zeilen 30.40 Pf. bis 780 Zeilen 31.20 Pf. bis 800 Zeilen 32.00 Pf. bis 820 Zeilen 32.80 Pf. bis 840 Zeilen 33.60 Pf. bis 860 Zeilen 34.40 Pf. bis 880 Zeilen 35.20 Pf. bis 900 Zeilen 36.00 Pf. bis 920 Zeilen 36.80 Pf. bis 940 Zeilen 37.60 Pf. bis 960 Zeilen 38.40 Pf. bis 980 Zeilen 39.20 Pf. bis 1000 Zeilen 40.00 Pf.

Karlsruhe. Naturfreunde Mittelbaden. Der für Sonntag vorgesehene Werbetauf fällt infolge schlechter Schneeverhältnisse aus. Späterer Termin wird bekannt gegeben. 1318

Chefredakteur: Georg Schöppin. Verantwortlich: Voltst. Pressant Baden, Volksmischheit, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Straußmann; Bad. Landtag, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Rietne Badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtsverhandlung, Feuilleton, Frauenbeilage: Hermann Wacker; Karlsruhe: Chronik, Gemeindepollizei, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Rundpost, Heimat und Wandern, Briefkasten, Jodel Giesele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sammlungswohnbau: Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei: Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe

Reste müssen geräumt werden. Spotbillig

Kleiderstoff-Reste	2.45 1.95 1.45 und 0.85
Mantel-Reste	1.50/1.40 breit . . . 4.80 3.90 2.90 und 2.25
Waschstoff-Reste	1.95 1.35 und 1.00
Maskenstoffe, Flanelle, Waschseide	0.95 0.78 0.68 und 0.58

Spezialhaus Otto Lewin Karlsruhe Karl-Friedrich-Str. 28 Dem Warenkaufabkomm. d. Bad. Beamtenbank angeschl.

Sonder-Angebot.

Linoleum

Stragula-Stückware 200 cm breit	fehlerfrei	mit kl. Schönheitsfehl.	
	□ Mtr. 2.10	□ Mtr. 1.90	
Stragula-Läufer	60	90	110 cm br.
	Mtr. 1.40	1.60	2.10 2.60
Stragula-Teppiche	150/200 cm	200/250 cm	200/300 cm
fehlerfrei	9.-	14.-	17.-
Stragula-Teppiche	mit kl. Schönheitsfehlern	fehlerfrei	Reste
	8.-	13.-	16.-
Druck-Stückware	200 cm breit		
	□ Mtr. 3.60 u. 3.20	□ Mtr. 2.90 u. 2.70	
Druck-Läufer	60 cm	90 cm	110 cm 133 cm
fehlerfrei	2.10	2.30 3.20	4.10 5.20
Druck-Läufer	Reste, m. kl. Schönheitsfehl.	1.90	2.10 2.70 3.60 4.70
Druck-Teppiche	150/200	200/250	200/300 300/350 300/400
fehlerfrei	14.-	23.-	27.- 48.- 62.-
Druck-Teppiche	mit kl. Fehlern	13.50	22.- 25.75
Druck-Vorlagen	40/40 cm	40/65 cm	67/100 cm 67/115 cm
	70	1.35	2.80 3.40
Inlaid-Stückware	m. kl. Schönheitsfehl., 200 cm br.,	□ Mtr. 8.90	
Inlaid-Reste	200 cm breit, mit kl. Fehlern	□ Mtr. 5.90	
Inlaid-Linoleum-Stückware 4.90			
200 cm br., Partieware (woll etwas zu dünn) □ Mtr.			
Inlaid-Läufer	67 cm	90 cm	100 cm 110 cm
fehlerfrei	4.70	6.20	6.90 7.70
Inlaid-Teppiche	150/200 cm	200/250 cm	200/300 cm
fehlerfrei	25.-	23.50	44.- 41.- 39.- 38.- 45.-



Lebensbedürfnisverein
Solange Vorrat, geben wir unsere
Tafel-Aepfel 10
das Pfund zu 10 Rpf.
ab. — Abgabe nur an Mitglieder —

Sonder-Angebot
Jacquarddecken große Betten
per Stück Mk. 10.-, 8.-, 7.-, 6.50 4.- 3.-
Kamelhaardecken 13⁵⁰
per Stück Mk. 35.- 30.- 25.- 20.- 15.-
Große Auswahl in
Diwandecken, Betttücher, Bettuchbiber
Matratzendelle, Bettbarchente, Bettfedern
Da keine Ladenmiete, große Ersparnisse.
Arthur Baer Kaiserstr. 133
Eingang Kreuzstraße, gegenüber der kleinen Kirche
Verkaufsräume nur eine Treppe hoch
Ratenkaufabkommen

Maskenverleih Schiller
von 3.- bis 5.- Mark
Amalienstraße 22, part. und
Douglasstraße 6, part. / Tel. 7300

Gloria Palast Heute
am Rondellplatz
Palast folgende Tage!
Herrenstraße

Ein lustiger Harry-Liedtke-Film, in dem echte Karnevalstimmung herrscht
Der Faschings-Prinz
In den Hauptrollen: Harry Liedtke / Hoes Junkermann Marianne Winkelstern / Hermann Fichtel
Der große Doppel-Spielplan
Im Banne des Blutes
Ein Drama aus dem Lande der Pyramiden mit **SUZY UERMON** in der Hauptrolle
Heiratsfieber
Ein entzückendes Lustspiel voll Laune und Humor
Hauptdarsteller: Hans Junkermann / Maria Paudler Fritz Kampers / Vivian Gibson
Eintrittspreise in beiden Theatern von 90 Pfg. an. Kleintrentner, Arbeitslose nachmittags Ermäßigung!

Eingetroffen!
Ein Polster-Damenstrümpfe, Geta-Seibe . . . 1.85/4
Ein Polster Kuschelstrümpfe, schwere Qualität 2.75/4
Ein Polster Marco m. Seibe, plüschig nur . . . 1.75/4
Ein Polster Wolle m. Seibe, schwere Qualität 2.95/4
Ein Polster Seidenstr., prima Qualität . . . 2.5 u. 1.45/4
Ferner ein Polster Herrenstrümpfe, reine Wolle, gestreift, nur . . . 1.45/4
Partiewarenhaus A. Bergmann
54 Waldstraße 54
Möbel-Auto
geöffnet, km b. 50,-
an, Stunde 3.50,-, zu vermieten
Telephon 6534.

Gelegenheitsmarkt!
Hochmodernes Speisezimmer
Kuchbaum mit Einlegearbeit
Bürette
Küchenschrank
4 Polsterstühle
Wohlbekannt
M. Rahn
22 Waldstraße 22
Hochzeit-, Cutaw-, Smoking u. Frackstücke, fast neu, hervorragend bill. abg. Jahrgangstr. 53 u. 11

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)
Geschäftsstelle (nur briefl. Anfrag.) Dannebergstr. 37, 9b. II
Sprechstunden jeden Montag, Freitag im „Kaffee-Nowack“, jeden Mittwoch „Antes den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee, jeweils v. 6-7 Uhr

Deutscher Holzarbeiterverband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.
Boranzzeige
Hierdurch laden wir unsere Mitglieder zu der am Samstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr (18 Uhr) in Karlsruhe, „Friedrichshof“ (Gartenfaal), Karl-Friedrich-Str. 28, stattfindenden
Sabres-Hauptversammlung
ein.
Tagesordnung:
1. Kassee- und Geschäftsbericht
2. Neuwahl der Ortsverwaltung und der Revisoren
3. Anträge und Verschiedenes.
Wir erlauben unsere Mitglieder, auch die zur Zeit arbeitslosen, sich recht zahlreich an dieser Zusammenkunft einzufinden.
Die Ortsverwaltung.
Arb.-Gelangvereine Wer durch den Vertrieb einer guten reellen Sache genügend Geld verdienen will schreibe sofort an Adolf Egger, Spedenheim (Bad.), Waldstr. 45
Frühbeetentferner Gut erhaltener Lieg- und Störwagen mit Federreifen, Bill. 3 bert. Hartstr. 100 a 267
Glaser E. Ball

Tanz-Lehr-Institut J. Braunagel
Hofweid-Str. 13
Telefon 5859
4. Februar beginnt Anfängerkurs Einzelunterricht jederzeit

Achtung! Gewerkschaften!
Zu neu festgesetzten Organisationspreisen können wir anbieten:
Dersch, Reichsversicherungsordnung mit Nebengesetzen . . . 550 S. 2.30
Heeniger, Arbeitsrecht . . . 800 S. 5.60
„ Bürgerliches Gesetzbuch . . . 535 S. 3.25
„ Gewerbeordnung 300 S. 2.20
Diese Preise sind nur gültig für Gewerkschaften, Gewerkschaftsfunktionäre u. gewerkschaftlich Organisierte
Alles zu Organisationspreisen soweit solche bestehen
Volksfreund-Büchhandlung
Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernsprecher 7020/7021

Obst- u. Gemüse-Konserven
Qualitäts-Marken:
Schnittbohnen 1/2 Dose von 70 Pf. an
Erbsen 1/2 Dose von 70 Pf. an
Kartoffeln 1/2 Dose von 55 Pf. an
Erbisen mit Karotten
Leipziger Allerlei
Diverse Spargel
Champignons
Italienisches
Tomatenmark
Pflaumen 95 Pf. 55 Pf. ohne Stein
Mirabellen 1.20 70 Pf.
Preiselbeeren 1.40 80 Pf.
Preiselbeeren offen 70 Pf. 10 Pf. 6 Pf. 6 Pf.
Besonders preiswert einige Waggons:
Apfelmus
tafelfertig 1/2 Dose 65 Pf.
Erdbeeren
Ananas
Pfaukuch

Fische
frisch von der See in schwerer Verpackung!
KABLIAU und **Schellfische** topflos
Pfd. im Ganz. 46,- Pf. im 50,-
Kabliau-Filet 80,- Pfund
Stodfische 35,- Pfund frisch gewässert
frisch geräucherte
Süß-Büdlinge
Echsheringe
heringsalat 25,- Pfund
In unserem **Fisch-Spezialgeschäft**
Holl. Schellfische u. Kabliau
Treffchen, Schellfisch-Filet
Schollen, Bratfischfische
Zander Pfd. 1.20
Große Auswahl in
Marinaden
Feinmarinaden
Geflügel
5% Rabatt

Mitten im Alltag steht Du . . .
Laß dich nicht fesseln vom Alltag, bleib frei! Denk an die Zukunft, sorg', daß sie besser wird als das Heute. Tausende, hunderttausende, Millionenheere stehen im nervenaufreibenden Alltag, ringen um ein besseres Morgen, mit dir, neben dir.
Für dich, für deine Freunde, spricht dein Blatt, der Volksfreund, sorg', daß er zu mehreren spricht; jeder neue Leser ein neuer Baustein. Wen triffst du gleich? Liest er schon dein Blatt? Es ist nicht schwer, jemanden für eine gute Sache zu gewinnen. Es gelingt dir! Der Ruf für eine gute Sache darf nicht ungehört verhallen. Jeder neue Leser ein neuer Baustein!



Pfaukuch

Pfaukuch